

Wahlprüfstein DIE LINKE

Bund gegen Missbrauch von Tieren e.V.

Viktor-Scheffel-Str. 15

80803 München

Tierschutz

1. EU-Tierschutzaktionsplan

Anfang 2012 legte die EU-Kommission den Tierschutzaktionsplan für die Jahre 2012-2015 vor. Zwar sind darin begrüßenswerte Ansätze enthalten, die konkrete und im Sinne des Tierschutzes wirksame Umsetzung ist jedoch bislang kaum spürbar. Zudem fehlen in den Bereichen Tierversuche, Klonen, Tiertransporte und Wildtiere angestrebte Regelungen zum Schutz der Tiere.

Werden Sie sich dafür einsetzen, den Tierschutzplan maßgeblich nachzubessern und weiterzuentwickeln und zur Umsetzung konkreter Schutzmaßnahmen in allen relevanten Bereichen des Tierschutzes beizutragen? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen?

Ja. Die aktuellen Initiativen zum Tierschutz in der EU reichen nicht aus. Der EU-Tierschutzaktionsplan muss kontinuierlich zur Verbesserung des Tierwohls weiterentwickelt werden. Aus Sicht der LINKEN ist der EU-Tierschutzaktionsplan 2012-2015 ungenügend. Es reicht nicht aus, die effektivere Umsetzung von Tierschutzrichtlinien und -verordnungen anzustreben. Aus unserer Sicht muss ein solcher Plan unbedingt klar regeln, wie diese umgesetzt werden sollen. Doch das bleibt leider offen. Dringend notwendige Schutzbestimmungen für die Bereiche Wildtiere, Tierversuche, Tiertransporte oder Klonen fehlen und sollten daher in einem neuen, besseren Aktionsplan ergänzt werden.

2. Gemeinsame Agrarpolitik der EU

Der Großteil der in der EU landwirtschaftlich genutzten Tiere leidet in intensiven Haltungssystemen und durch die langen Tiertransporte quer durch Europa. Für viele Tiergruppen fehlen nach wie vor EU-weit tierschutzrechtlich verbindliche Mindestanforderungen an die Haltung. Die intensiv betriebene Landwirtschaft, insbesondere der Bereich der Tierhaltung, ist zudem einer der maßgeblichen umweltbelastenden Faktoren (u.a. Klima, Wasser- und Energieverbrauch), so dass eine Abkehr von dieser Produktionsweise unabdingbar ist.

a) Was werden Sie unternehmen, um den Transport lebender Tiere zu unterbinden? Werden Sie sich für einen Stopp der Subventionen von Lebetiertransporten einsetzen?

DIE LINKE spricht sich für eine maximale Transportdauer von Lebetiertransporten von vier Stunden aus. Tiertransporte über längere Strecken sind für die betroffenen Tiere kritisch zu sehen. DIE LINKE fordert seit Jahren eine zeitliche Begrenzung der Tiertransporte plus maximal zwei

Stunden Ladezeit. Eine Förderung von Agrarexporten lehnen wir grundsätzlich ab, das gilt für direkte als auch für indirekte Subventionen und auch für damit verbundene Lebendtiertransporte.

- b) Werden Sie sich für strenge, verbindliche Regelungen für die Haltung und Schlachtung aller relevanten landwirtschaftlich genutzten Tiere einsetzen und wenn ja, mit welchen konkreten Schritten?

Ja. Haltungs- und Schlachtbedingungen landwirtschaftlicher Nutztiere gehören regelmäßig auf den Prüfstand. Sie haben sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen und der Maximierung des Tierwohls und nicht an der Profitmaximierung der Fleischkonzerne oder Agrarbetriebe zu orientieren. Dazu gehören für uns tiergerechte Haltungsbedingungen, gut ausgebildetes und bezahltes, ausreichendes Personal, sowie eine tierärztliche Bestandsbetreuung als integraler Bestandteil der Tierhaltung. Die EU-Vorschriften zur Schlachtung müssen tierschutzgerechter werden. Die Schlachtung trächtiger Tiere muss auf begründete Ausnahmen beschränkt werden. Die Elektrowasserbadbetäubung beim Geflügel muss mittelfristig ersetzt werden.

- c) Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die intensive Massentierhaltung in der Landwirtschaft zu beenden? Welchen Zeitrahmen halten Sie hierfür für notwendig und realistisch?

DIE LINKE steht für eine standortgerechte und flächengebundene Tierhaltung. Wir wollen, dass Futtermittelimporte in die EU Schritt für Schritt reduziert werden. Darum lehnen wir reine Tierhaltungsanlagen, die nicht in einen Agrarbetrieb inklusive der Futtermittelproduktion integriert sind, ab. Außerdem fordern wir Obergrenzen für die Größe von Tierhaltungsanlagen am Standort und ihre Dichte in der Region. Darüber hinaus müssen auch Flächen zur Ausbringung der Wirtschaftsdünger und bei vielen Tierarten auch Auslaufflächen zur Verfügung stehen. Um den Anbau einheimischer Eiweißfutterpflanzen attraktiver zu machen, muss insbesondere die öffentliche Agrar- inklusive der Züchtungsforschung gestärkt und Eiweißfutterpflanzen im Rahmen der ökologischen Vorrangflächen anerkannt werden.

3. Tiere im Zirkus

Einige Länder in der EU, wie z.B. Österreich, haben bereits ein nationales Wildtierversbot in Zirkussen rechtlich umgesetzt. Andere Länder, darunter Deutschland, berücksichtigen die Rechtsvorschriften die biologischen Bedürfnisse von Wildtieren in Zirkussen nur ungenügend, so dass immer noch Tiger, Löwen, Elefanten, Giraffen, Bären oder Affen in Zirkussen leiden. Nach Ansicht von Experten ist eine tierschutzgerechte Haltung von Wildtieren in reisenden Zirkusunternehmen bereits aus systemimmanenten Gründen nicht möglich.

- a) Was werden Sie unternehmen, um das Mitführen von Wildtieren im Zirkus EU-weit zu unterbinden?

DIE LINKE lehnt Wildtiere im Zirkus ab. Die Haltung und Dressur wildlebender Tiere – bspw. Giraffen, Elefanten, Löwen, Tiger – in Zirkussen ist nicht tiergerecht machbar. Entsprechende Gesetzesvorhaben, die solche Haltungen verbieten wollen, wird DIE LINKE unterstützen.

- b) Welche Maßnahmen werden Sie darüber hinaus ergreifen, um einen vollständig tierfreien Zirkus zu erreichen?

Ein vollständig tierfreier Zirkus kann genauso attraktiv sein, wie die gängigen Zirkusse. Das gilt es im Dialog mit den Menschen immer wieder zu betonen. Gegen Tiere im Zirkus, die dort tiergerecht gehalten werden können - bspw. Katzen, Hunde, Mäuse, etc. – spricht aber aus Sicht der LINKEN nichts.

4. Tierversuche

Seit 2013 besteht ein EU-weites Verbot für Kosmetik-Tierversuche sowie für die Einfuhr tiergetesteter Kosmetika. Damit ist die EU zumindest für diesen Teilbereich Vorreiter für eine ethische und fortschrittliche Forschung. Das Verbot zeigt, dass die Forschung nicht zum Erliegen kommt, wenn die Politik entsprechende Signale setzt, sondern vielmehr die innovative, tierversuchsfreie Forschung angeregt wird. Die EU-Tierversuchsrichtlinie sieht in Erwägung 23 aus ethischen Gründen ein Verbot von Tierversuchen vor, die mit schwerem Leid für die Tiere verbunden sind. Dies sind z.B. forcierte Schwimmtests, bei denen Tiere bis zur Erschöpfung zum Schwimmen gezwungen werden oder die Verabreichung von Elektroschocks. Versuche an Menschenaffen wollte die EU verbieten und Versuche an anderen Primaten zumindest einschränken. Deutschland hat sich diesen Intentionen widersetzt und lässt solche Versuche weiterhin zu. Innerhalb der EU sticht Deutschland mit einem besonders hohen Tierverbrauch negativ hervor. So hat Deutschland 18 % der in der EU in Tierversuchen getöteten Tiere zu verantworten und liegt damit nach Frankreich auf Platz 2. Daraus ergibt sich für Deutschland eine besondere Verpflichtung, den steigenden Tierversuchszahlen entgegenzusteuern.

a) Werden Sie sich für eine Überarbeitung der EU-Tierversuchsrichtlinie dahin gehend einsetzen, dass wesentliche Verbesserungen im Sinne der Tiere für die Mitgliedstaaten nicht nur eine Option sind, sondern verbindlich geregelt werden? Dies beinhaltet u. a. ein Verbot von Versuchen an Menschenaffen und solchen, die schweres Leid verursachen sowie die Schaffung klarer Regelungen, Tierversuche vollständig durch tierversuchsfreie Verfahren abzulösen.

Ja, dafür werden wir uns einsetzen. DIE LINKE setzt sich grundsätzlich für einen Paradigmenwechsel bei Tierversuchen ein. Tierversuche sollen nicht mehr die Regel, sondern nur noch die Ausnahme sein. Nur noch in Einzelfällen und nach entsprechenden wissenschaftlichen und ethischen Prüfungen sollten Tiere für Versuche benutzt werden dürfen. Wichtig ist eine schnelle Prüfung und Standardisierung von alternativen Testverfahren. Nur alternative Tests, die den Leitlinien der OECD entsprechen, können auch in der Praxis zur Pflicht gemacht werden.

b) Welche Schritte werden Sie unternehmen, um die rein tierversuchsfreie Forschung in der EU mit Priorität zu fördern?

DIE LINKE setzt sich für Alternativen zum Tierversuch ein. Dazu ist zwingend auch ein entsprechendes, öffentlich gefördertes Forschungsprogramm notwendig. Aus Sicht der LINKEN sollte das Thema im Europaparlament breit diskutiert und eine entsprechende Forderung der EU-Kommission gegenüber formuliert werden. Des Weiteren sind die EU-Mitgliedstaaten stärker in die Pflicht zu nehmen. Das gilt sowohl für Deutschlands Forschungsanstrengungen, als auch für den Druck, den die Bundesrepublik in Brüssel auf andere EU-Mitgliedstaaten ausüben kann

b) Werden Sie sich darüber hinaus für die EU-weite Abschaffung von Tierversuchen, einsetzen? Wenn ja, welche konkreten Vorhaben hat Ihre Partei geplant?

DIE LINKE verfolgt das Ziel, moderne tierversuchsfreie Methoden zentral in der EU zu erfassen. Die zentrale Datenerfassung ist notwendig, um Alternativen zu Tierversuchen auch EU- weit anwenden zu können. Eine der größten Schwierigkeiten dabei ist das stark verzögerte Bewilligungsverfahren von alternativen Testmethoden nach den Kriterien der OECD. Diese Verfahren können bis zu zehn Jahren dauern. Deshalb hält es DIE LINKE für dringend notwendig, das Bewilligungsverfahren zu beschleunigen, um tatsächlich die Zahl der in Versuchen verwendeten Tiere nicht nur auf lange Sicht zu reduzieren und gleichzeitig die Alternativen zu fördern.

5. Hunde- und Katzentötung / Kastrationsprogramme

In süd- und osteuropäischen Ländern werden sogenannte Straßenhunde oder auch Katzen eingefangen und getötet. Aktuell hatte die Tötung rumänischer Straßenhunde in ganz Europa für Proteste gesorgt. Von ethischen Aspekten abgesehen, ist zudem aus Expertensicht die Tötung der Tiere nicht geeignet, um eine Population konstant zu halten bzw. zu verkleinern, da die „freien“ Plätze wieder neu besetzt werden. Eine tierschutzgerechte und wirkungsvolle Lösung, beispielsweise mittels von der Regierung finanzierten Kastrationsprogrammen, ist unabdingbar.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Tötung dieser Tiere zu unterbinden und sich für ein aus öffentlichen Geldern finanziertes Kastrationsprogramm sowie eine tierärztliche Versorgung der Tiere aussprechen?

Ja. DIE LINKE unterstützt die Forderung nach flächendeckenden Kastrationsprogrammen. Auch die WHO geht davon aus, dass Vorschläge in diese Richtungen im Unterschied zur Politik der rumänischen Regierung erfolgversprechend sind, das Problem in den Griff zu bekommen.

b) Was wird Ihre Partei darüber hinaus unternehmen, um tierschutzgerechte Lösungen der „Straßentierproblematik“ in den betroffenen Mitgliedsländern zu etablieren?

Unseres Erachtens gibt es bereits EU-Gesetze, welche in die richtige Richtung zeigen. Leider werden sie aber von den einzelnen EU-Mitgliedstaaten schlicht nicht in die Praxis umgesetzt. Zum Beispiel im Lissaboner Vertrag, worin der Grundsatz formuliert wurde, Tiere als fühlende Lebewesen zu betrachten. Darüber hinaus bedarf es weiterer internationaler Regelungen, welche das Schutzniveau für Tiere hebt.

6. Illegaler Welpenhandel

Der Handel mit Hundewelpen in der EU floriert, was unweigerlich mit großem Tierleid verbunden ist. Die meisten Welpen stammen aus Polen, Tschechien, Ungarn und Rumänien, wo sie wie Massenware produziert und zu früh von ihren Müttern und Geschwistern getrennt werden. Die Tiere müssen, in Kisten verpackt und in Kofferräumen verstaut, tagelange Transporte durch Europa ertragen. Viele überleben den Transport nicht. Bei einigen Tieren kommt es zu Entwicklungsstörungen, die sich in Angst- oder Aggressionsverhalten äußern können, weshalb einige schließlich im Tierheim abgegeben

werden. Die EU-Osterweiterung mit mangelnden Grenzkontrollen macht es den Hundehändlern noch leichter, Profit aus dem Leid der Tiere zu schlagen.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den (illegalen) Welpenhandel in Europa zu unterbinden?

Der illegale Welpenhandel ist aus Sicht der LINKEN völlig inakzeptabel. Daher haben wir im Bundestag im Jahr 2013 in einem Antrag (17/13934) gefordert, eine bundesweit einheitliche Chip- und Registrierungspflicht für Welpen einzuführen, damit deren Herkunft, Gesundheit und Haltungsbedingungen nachgewiesen werden können. Eine solche EU-weite Regelung könnte ein wirksamer Schritt zur Eindämmung des illegalen Welpenhandels sein.